

Ausländer sind Gäste, keine Mitbürger. Der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, erklärte am 6. 2. 1989: »Das deutsche Volk, nicht die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, ist der Souverän unserer Republik. Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und von daher auch nicht Mitbürger.« (FAZ, 9. 2. 1989). Am 8. 2. 1989 unterstrich er noch einmal, daß Ausländer »Gäste« in Westdeutschland seien, »die man gut behandelt, deren Zahl man aber in Grenzen halten muß«. Dieser klaren und zweifellos zutreffenden Feststellung wurde in Bonn dann scharf widersprochen. Bundeskanzler Kohl (CDU) betonte, daß er die Ausländer als »Mitbürger« ansehe. Er ließ extra ein Flugblatt verteilen, auf dem aus seiner Regierungserklärung vom 18. 3. 1987 zitiert wird: »Dabei sollten wir auch die Nachbarschaft zu unseren ausländischen Mitbürgern als eine große Bereicherung verstehen.« (Stuttgarter Nachrichten, 10. 2. 1989) Die CDU-Bundesgeschäftsstelle verteilte eine Broschüre, in der gerade dieses Zitat an hervorragender Stelle aufgeführt ist, und schrieb in einem Begleittext: »Die ausländischen Mitbürger tragen mit ihrem Fleiß und ihrer Leistungsbereitschaft zum Wohlstand unseres Landes bei. Sie machen unser Leben bunter und vielseitiger.« (FAZ, 9. 2. 1989) Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel (CDU) wandte sich gegen Dreggers Aussage: »Diese Gästetheorie kann man doch im Ernst nicht verfechten.« (Stuttgarter Nachrichten, 9. 2. 1989) Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Verhülsdonk, der Hessische Ministerpräsident Wallmann (CDU) und Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) sprachen sich auch gegen Dregger aus.